



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Ausschusses für  
Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde  
am 08.02.2017, 18:15 Uhr,  
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,  
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Vorsitzenden
5. Einwohnerfragestunde
6. Informationen aus der Stadtverwaltung
7. Informationsvorlagen
8. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
  - 8.1. **Anfrage:** AF/0062/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Fraktion Bündnis Eberswalde  
Anfrage im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport zum "JugendDialog Eberswalde"
9. Wahl des Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden
10. Diskussion zum Entwurf des Arbeitsplanes 2017

## 11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

11.1. **Vorlage:** BV/0425/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

01.4 - Jugendkoordinatorin

Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme "Außenanlage STINO"

11.2. **Vorlage:** BV/0413/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

01.3 – Referentin für soziale Angelegenheiten

Förderung des Projektes "Integration durch Sport"

11.3. **Vorlage:** BV/0424/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

41 - Kulturamt

Budget für Projekt Equinox bei FinE

---

### TOP 1

#### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Landmann, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (ASBKS), begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 1. Sitzung des neugebildeten Ausschusses um 18:15 Uhr. Er wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit, wie in den vorherigen Ausschüssen. Er bedankt sich bei den Fraktionen für die Zusendung ihrer Themenvorschläge (Aufgaben).

### TOP 2

#### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Landmann teilt mit, dass

- Frau Dr. Pischel von der Fraktion Bündnis Eberswalde als zusätzliches Ausschussmitglied in den ASBKS mit aktivem Teilnahmerecht (das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und diese zu begründen) entsandt wurde und kein Stimmrecht hat.
- form- und fristgerecht geladen wurde und der ASBKS beschlussfähig ist, Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben
- 11 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend sind (**Anlage 1**) und jetzt eine Vorstellungsrunde erfolgt.

Anschließend stellen sich die Ausschussmitglieder kurz vor.

### **TOP 3**

#### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Landmann gibt bekannt, dass heute drei weitere Anfragen vorliegen, die vor Sitzungsbeginn an alle Ausschussmitglieder verteilt wurden. Es handelt sich um die Anfragen AF/0069/2017 - „Stellungnahme zum Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplan“ (**Anlage 2**), AF/0070/2017 - „Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel“ (**Anlage 3**) sowie die Anfrage AF/0071/2017 - „Neubau einer Kita“ (**Anlage 4**) von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, die Bestandteil der Tagesordnung sind und unter dem TOP 8 behandelt werden.

Herr Zinn weist darauf hin, dass die Anfrage von Herr Markmann nicht im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde gestellt wurde, sondern als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

### **TOP 4**

#### **Informationen des Vorsitzenden**

Herr Landmann informiert über zwei Korrekturwünsche, die es von Herrn Zinn zur letzten öffentlichen Niederschrift des ABJS (07.12.2016) gab und die als Bestandteil in die Niederschrift mit aufgenommen werden:

#### **„1. TOP 11, Seite 7: Herr Zinn oben, 2. Stabstrich wird ersetzt durch:**

- versteht nicht, warum der Minister nicht an der Festveranstaltung zum Antigewaltprojekt „Boxenstopp“ am 14. Oktober 2016 teilgenommen hat; er hatte eine Einladung erhalten, den Termin aber kurzfristig abgesagt

#### **2. TOP 13.1 Seite 8: Herr Zinn oben, 2. Stabstrich wird ersetzt durch:**

- sagt, dass in seiner Fraktion darüber diskutiert wurde und heute im Ausschuss nur eine Meinungsbildung gewünscht wird; eine Abstimmung ist jedoch nicht erforderlich“

### **TOP 5**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **TOP 6**

#### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

##### 6.1. Herr Boginski informiert:

- dass im Zuge des Haushaltes (HH) ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Plakataktion: „Weltoffenheit, Toleranz, gegen Rassismus usw.“ vorlag. Die Verwaltung sollte dazu in Zu-

sammenarbeit mit verschiedenen Akteuren im ASBKS ein Bekenntnis in Form eines parteipolitisch neutralen Slogans erarbeiten. Für die Aktion stehen 2.500 € zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt folgende Vorgehensweise vor: Im Oberstufenzentrum gibt es eine Designerklasse, die drei Motive entwirft inklusive des Slogans, die dann hier im Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden. Sollte ein Plakat die Zustimmung finden, erhält die Klasse 500 € für die Klassenkasse. Die Banner + Plakate werden dann in Auftrag gegeben und entsprechend zur Verfügung gestellt.

### 6.2. Frau Ladewig informiert:

- dass die 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung im Kita-Bereich dem LK Barnim fristgemäß zum 31.12.2016 zur Prüfung vorgelegt wurde und sich derzeit in Prüfung befindet.
- dass der Verein Buckow e. V. (Träger des Hortes Nordlicht), der ein Kooperationsprojekt mit den Johannitern und der Volkssolidarität Barnim darstellt, der Stadt zum 31.03.2017 eine Gruppeneinheit (2 Gruppenräume, 1 Bad) übergibt, um zusätzliche Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen (ca. 20 bis 30 Kinderkrippen- und Kindergartenplätze können zur Verfügung gestellt werden, nach den entsprechenden Umbaumaßnahmen). Der Trägerverbund überführt einen Teil des Projektes in die Räumlichkeiten der Bergerstraße.
- dass Herr Zinn eine Anfrage zur Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplanung des Landkreises Barnim gestellt hat. Die Beantwortung erfolgt später unter dem entsprechenden TOP.
- dass die Stadt vom Landkreis Barnim Fördermittel bekommt für die Grundsanierung eines Bades in der Kita Pustebblume in Höhe von ca. 52.000 €. Weiterhin erhält die Stadt für den Spielplatz der Krippenkinder in der Kita Gestiefelter Kater eine finanzielle Unterstützung in Höhe von ca. 7.500 € und für die Spielkombination der Kinderkrippe in der Kita Pustebblume ca. 6.000 € aus den Investitionsmitteln des Landkreises Barnim.

### 6.3. Frau Bunge:

- informiert an Hand einer Übersicht über die Verwendung der Haushaltsmittel „Eberswalde handelt“. Die Übersicht wird der Niederschrift beigelegt (**Anlage 5**). Sollten sich Nachfragen ergeben, werden diese in der März-Sitzung beantwortet.
- teilt mit, dass zum Stand des Familienzentrums eine Anfrage von Herrn Zinn vorliegt. Die Beantwortung erfolgt ebenso unter dem entsprechenden TOP.
- teilt mit, dass das Land Brandenburg und Berlin sich jetzt verständigt haben, eine gemeinsame Ehrenamtskarte für Berlin und Brandenburg herauszugeben. Das heißt, den ehrenamtlich Tätigen wird für drei Jahre eine Ehrenamtskarte zur Verfügung gestellt. Die Stadt Eberswalde hat sich dafür entschieden, Partner der Ehrenamtskarte zu sein, so dass auch die Eberswalder/Innen Einrichtungen in der Stadt nutzen können (50 % Ermäßigung auf Eintritt ins Museum, den Familiengarten und die Nutzung der Bibliothek).
- informiert über die AG „Ehrenamt“, die heute getagt hat. 28 Vorschläge sind eingegangen. Die AG „Ehrenamt“ hat entschieden, eine Gruppe Integrationsbegleiter, einen Unternehmer und 13 Einzelpersonen auszuzeichnen.
- teilt mit, dass sie seit Januar 2017 eine Bürgersprechstunde im Brandenburgischen Viertel für soziale und Behindertenangelegenheiten anbietet, die sehr gut angenommen wird.

#### 6.4. Frau Forster-König:

- erinnert an den Leistungsvertrag zur Durchführung von Jugendkoordination und Jugendförderung, der im letzten Jahr zwischen der Stadt und dem Landkreis Barnim abgeschlossen wurde. In Ausführung der Vertragsbestimmungen wurden den Trägern (Stiftung-SPI, BSIJ, Internationalen Bund) die Vertragsentwürfe zur Verfügung gestellt, die die Finanzierung der Jugendförderung für 2017/2018 regeln. Alle drei Träger signalisierten die Unterzeichnung der Verträge. Derzeit werden zudem Gespräche mit allen Fachkräften der Jugendförderung geführt, zwecks Erarbeitung einer gemeinsamen Sozialraumbeschreibung mit Blick auf die Belange der Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Die Vorstellung ist in einer der kommenden Sitzungen vorgesehen.
- nimmt Bezug auf die HH-Diskussion, in deren Rahmen entschieden wurde, eine halbe Stelle mobile Jugendsozialarbeit mit interkultureller Kompetenz zu schaffen. Die Ausschreibung ist erfolgt. Es liegt ein Angebot von der Stiftung SPI vor. Der Vergabevorschlag konnte nach Prüfung heute vom Rechnungsprüfungsamt bereits bestätigt werden. Die Rahmenbedingungen und Zielstellungen werden in der nächsten Woche mit dem Träger besprochen.
- teilt mit, dass sie zum JugendDialog Eberswalde in einer der nächsten Sitzungen zum Verfahren und zur Auswertung der Ideen berichten wird. Die Beantwortung der Anfrage von Frau Dr. Pischel wird unter dem TOP 8 beantwortet.

Herr Zinn fragt, ob man sich das Vergabeverfahren (halbe Stelle mobile Jugendsozialarbeit mit interkultureller Kompetenz) in der Verwaltung anschauen kann, einschließlich der Bewerbungen.

Herr Boginski sagt, dass selbstverständlich die Möglichkeit besteht.

#### **TOP 7**

##### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

#### **TOP 8**

**Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden der KJP und der Beauftragten gem. Hauptsatzung**

Herr Landmann erinnert daran, dass heute vier schriftliche Anfragen vorliegen. Er schlägt vor, dass diese zuerst behandelt werden sollten.

#### **TOP 8.1**

**Anfrage:** AF/0062/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

**JugendDialog Eberswalde**

Frau Forster nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Für die Begleitung der Verwaltung werden für den Zeitraum Ende August bis Ende Februar monatlich etwa 1.600 € und Sachkosten von ca. 1.500 € veranschlagt. Der Auftrag endet jetzt Ende Februar.

zu Frage 2:

Dies ist eine Kombination aus Sachverstand, Qualifikation und Erfahrung aus unterschiedlichen Segmenten wie Stadtentwicklung, Partizipation/Beteiligung u. Jugendarbeit sowie Sozialraumkenntnis. Dies betrifft auch eine jugendgerechte Kommunikation.

zu Frage 3:

Grundsätzlich kann nie eine Gewähr gegeben werden. Für das Verfahren spricht bspw., dass die Materialien von den Jugendlichen selbst erarbeitet und dadurch deren Themen und lokale Schwerpunkte widerspiegelt wurden. Auch von den Schulen wird großes Interesse an der Idee gezeigt, da es zukunftsstragend ist und im Focus stehen tatsächlich die Themen und Inhalte, die Jugendliche bewegen.

zu Frage 4:

Folgeprojekte sind natürlich geplant. Auftaktveranstaltung war im Dez. das offene Jugendforum, wobei die Beteiligung der Jugendlichen noch recht zurückhaltend war. Am 14.02. geht es am Gymnasium Finow weiter u. am 27.02. erfolgt die Auswertung mit den Jugendlichen, wozu sie herzlich einlädt. Außerdem würde sie es begrüßen, wenn sich eventuell Patenschaften bilden würden, die bei der Umsetzung der Projekte unterstützen könnten.

zu Frage 5:

Leider sind mehrere Versuche erfolglos geblieben, das Kinder- und Jugendparlament zu aktivieren, zu animieren bzw. weiterzuführen. Aus diesem Grund hat man sich entschieden, einen gänzlich neuen Ansatz in Form eines fortlaufenden Dialoges zu nutzen, unter Anwendung der Methode stadtspielerJUGEND, welche von dem Autor, Herrn Klikar entwickelt wurde.

zu Frage 6:

Im Vorverfahren waren jeweils 20 Jugendliche dabei, aber zum Jugendforum leider nur 8. Hier wird noch analysiert, woran es gelegen hat. Die Jugendlichen müssen sich erst einmal wieder mit Beteiligung vertraut machen.

Frau Dr. Pischel meint, dass die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Kinder- und Jugendparlamentes in erster Linie Aufgabe der Stadtverordneten gewesen wären.

Herr Schmiedel kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es ausgesprochen schwierig ist, Kinder- und Jugendliche für das Modell des Kinder- und Jugendparlamentes zu begeistern, da es auch sehr stark an die Hauptsatzung gebunden ist und somit nicht unbedingt Kinder und Jugendliche anspricht. Der neue JugendDialog würde mehr Möglichkeiten für Kreativität und Gestaltung bieten.

Herr Landmann fasst zusammen, wenn die Signale vom Kinder- und Jugendparlament kommen, dass der bisherige Weg für sie nicht der Richtige war und der JugendDialog mehr Anerkennung findet, sollte man diesen Weg wählen.

Herr Ortel findet den Ansatz gut, die Jugendlichen ernst zu nehmen, damit sie sich in der Stadt wiederfinden. Es sind gerade die Stadtverordneten gefragt, da die Verwaltung dies alles nicht leisten kann. Er bittet die Verwaltung, möglichst eine Plattform zu schaffen, wo sich die Interessen widerspiegeln und wo die Jugendlichen nicht nur den Dialog führen, sondern auch in der Erarbeitung von gewissen Dingen Hilfe durch die Stadtverordneten erhalten, um Stabilität herinzubringen.

Herr Zinn weist auf den Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hin, insbesondere auf zwei Schlagzeilen:

- vom 02.02. in der Berliner Zeitung „Mehr Freiraum für Jugendliche“ -

Der Kinder- u. Jugendbericht fordert eine Neuausrichtung der Politik für junge Erwachsene.

- die Märkische Oderzeitung zweifelt an der Demokratiefähigkeit - Jeder 3. Erwachsene traut den jüngeren nicht zu, Verantwortung für den Staat zu übernehmen.

Herr Zinn meint, dass die Stadtverordneten sich der Probleme annehmen sollten, die von Kindern und Jugendlichen an sie herangetragen werden. Seine eigenen Erfahrungen zeigen aber, dass viele Kinder und Jugendliche mit dem Jugendparlament nichts anzufangen wissen oder kein Interesse dafür zeigen. Er wäre jederzeit bereit, mit den Kindern und Jugendlichen zu arbeiten.

Frau Friedrich möchte wissen, ob die jugendlichen Flüchtlinge integriert oder ob sie extra beraten werden, damit sie in das Geschehen der Stadt eingebunden werden.

Herr Boginski teilt mit, dass in den städtischen Jugendclubs die geflüchteten Jugendlichen mit betreut werden und die Stadt eng mit dem Landkreis zusammenarbeitet, um eine bessere Koordinierung zu ermöglichen. Der Runde Tisch „Willkommen in Eberswalde“ leistet dazu eine hervorragende Arbeit, was die Integration betrifft und mit dem Frau Bunge ständig im Kontakt ist.

## **TOP 8.2**

**Anfrage:** AF/0069/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

### **Stellungnahme zum Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplan**

Frau Ladewig nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1.1: Ja.

zu Frage 1.2: Ja.

zu Frage 1.3: Noch nicht.

zu Frage 1.4: Im ASBKS am 15. März 2017 zur Information.

zu Frage 2: Nein.

zu Frage 3: Es besteht Bedarf an Kita-Plätzen.

zu Frage 4: Siehe Beantwortung zu Frage 3.

zu Frage 5: Es gelten in der neuen Schulentwicklungsplanung alle drei städtischen Grundschulen als gesichert. In den kommenden Jahren besteht ein erhöhter Bedarf.

zu Frage 6: Teilweise. Der Landkreis Barnim stellt keine konkreten Fehlbedarfe dar.

Herr Landmann merkt an, dass Herr Zinn neben der mündlichen Behandlung in der Ausschusssitzung auch noch um eine schriftliche Antwort bat, die sich seiner Meinung nach mit Hinblick auf den nächsten Monat erübrigt, weil das Thema dort bereits avisiert ist.

Herr Zinn macht darauf aufmerksam, dass der nächste ASBKS erst am 15.03. tagt. Die Gemeinden müssen aber ihre Stellungnahmen bis zum 10.03. beim Landkreis Barnim zugearbeitet haben. Somit hätte der Ausschuss keinen direkten Einfluss mehr auf die Stellungnahme.

Frau Ladewig erklärt, dass die Verwaltung für die Abgabe der Stellungnahme eine Fristverlängerung beantragt hat bis zum 20.03.2017. Derzeit befindet sich die Stellungnahme bei den Schulleitern der städtischen Grundschulen. Diese prüfen, ob das Zahlenmaterial im Sinne der Schule ist. Am 15.03.2017 wird dem Ausschuss die Stellungnahme vorgelegt, so dass eventuelle Anregungen/Ergänzungen von den Ausschussmitgliedern noch in die Stellungnahme mit eingearbeitet werden können.

Frau Kersten: Nach unserem Wissen gibt es beim Landkreis Barnim andere Zahlen zum Bedarf in der Stadt Eberswalde als die, die wir selbst hier haben. Sie bittet darum, den Ausschussmitgliedern kurzfristig das Zahlenmaterial des Landkreis Barnim zukommen zu lassen und wenn möglich, noch vor der Stellungnahme. Des Weiteren interessiert sie, wie der Stand zur Verbesserung der Übersicht zum tatsächlichen Bedarf in den Kitas ist. Im letzten Jahr hatte die Verwaltung als Problem die Mehrfachanmeldungen benannt und es wurde darüber gesprochen, dass ein zentrales Anmeldeverfahren erfolgen soll. Ist dieses inzwischen eingeführt und wenn ja, wie sieht es aus in diesem Bereich? Weiterhin interessiert sie, ob es für die Sanierung der Kitas und Grundschulen ein Konzept gibt oder geplant ist.

Herr Landmann bezieht sich auf die letzte Frage und sagt, dass diese Thematik noch Gegenstand des Arbeitsplanes in diesem Ausschuss sein wird.

Frau Ladewig teilt mit, dass den Ausschussmitgliedern die entsprechenden Seiten aus der Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplanung des Landkreises Barnim schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden. Zum Anmeldeverfahren hatte sie bereits mitgeteilt, dass im Dezember die Zahlen an den Landkreis Barnim übergeben wurden. Das Prüfergebnis steht noch aus. Hinsichtlich des Kita-Portals wird derzeit vom Fachamt die Leistungsbeschreibung erarbeitet.

### **TOP 8.3**

**Anfrage:** AF/0070/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

**Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel**

Frau Bunge teilt zunächst mit, dass der damalige Träger (Verein für Ambulante Versorgung Hohenschönhausen) des Familienzentrums, den Mietvertrag in der Potsdamer Allee gekündigt hat



und die Verwaltung beauftragt wurde, nach einem neuen Träger zu suchen. In diesem Zusammenhang hat Herr Zinn zwei Anfragen gestellt.

Frau Bunge nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Wie bekannt, hat der Träger, die Bildungseinrichtung Buckow e. V., an das Land Brandenburg, Referat 22 (Familienpolitik) des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, einen Antrag zur Förderung eines Familienzentrums im Brandenburgischen Viertel gestellt. Dieser wurde mit folgender Begründung abgelehnt: „Die Prüfung hat ergeben, dass eine Bewilligung des Antrags nicht möglich ist. Der für die Begründung einer Landesförderung erforderliche landesweite bzw. überregionale Modellcharakter des Vorhabens konnte nicht aufgezeigt werden, da das geplante Projekt lokal auf das Brandenburgische Viertel ausgerichtet ist. Ein Modellcharakter mit einem für andere Orte nutzbaren Erfahrungstransfer war dem Antrag ebenfalls nicht zu entnehmen.“

Die Stadt hat die Ablehnung sehr überrascht, zumal der damalige Verein von Hohenschönhausen in keiner Weise aufgezeichnet hat, dass das Land Brandenburg nur überregionale Familienzentren fördert, was der Stadt damals nicht bekannt war. Eine erneute Rücksprache mit dem persönlichen Referenten der Staatssekretärin, Herrn Manuel Brand, hat keine positive Antwort ergeben.

Der Träger und die Stadt Eberswalde werden ein nachhaltiges Angebot mit dem Charakter eines Familienzentrums entwickeln. Erste Gespräche dazu finden in der kommenden Woche statt.

zu Frage 2:

Wie schon in Frage 1 erklärt, hat die Bildungseinrichtung Buckow e. V. zwar den Antrag an das Land Brandenburg gestellt, der aber abgelehnt wurde. Die Antragstellung für den Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde ist noch nicht erfolgt.

Herr Neumann fragt nach, ob es stimmt, dass im nächsten Jahr ein neuer Förderantrag gestellt werden soll. Aus seiner Sicht ist ein weltliches Familienzentrum dringend erforderlich, weil das Gemeindehaus Dietrich-Bonhoeffer nur bestimmte Personengruppen erreicht.

Frau Bunge erklärt, dass es richtig ist, dass die Bildungseinrichtung Buckow e. V. als neuer Träger des Familienzentrums keine Förderung für das Jahr 2017 erhält. Deshalb wird sie für das Jahr 2018 erneut einen Förderantrag stellen. Sollte es dem Träger gelingen, überregionale Angebote zu realisieren, so wird dieser für das Jahr 2018 einen Förderantrag stellen.

Herr Ortel regt an, mit dem Verantwortlichen des Bonhoeffer-Hauses zu sprechen, auch wenn es eine kirchliche Einrichtung ist.

Herr Zinn meint, dass das Gemeindehaus schon sehr stark frequentiert ist mit Familienarbeit. Sehr verwundert ist er über die Aussage des Landes Brandenburg bezüglich der Barrierefreiheit.

Frau Bunge erklärt, dass die Schaffung der Barrierefreiheit nicht der wahre Grund der Ablehnung war, sondern das überregionale Agieren und sie versichert, dass sie alle Möglichkeiten

ausgeschöpft hat, um das Familienzentrum zu fördern.

Herr Neumann merkt an, dass sich das Gemeindehaus über mehr Zulauf freuen würde, es aber noch gewisse Hemmschwellen gibt. Kapazitäten wären noch vorhanden.

#### **TOP 8.4.**

**Anfrage-Nr.:** AF/0071/2017

**Einreicher/ zuständige Dienststelle:**

Herr Markmann (sachk. Einwohner im ABPU)

#### **Neubau einer Kita**

Herr Boginski möchte zunächst richtigstellen, dass es eine Falschmeldung sei, dass er vor zehn Jahren maßgeblich an der Schließung der Kita „Spatzennest“ mitgewirkt habe. Der Beschluss zur Schließung der Kita „Spatzennest“ wurde am 27.04.2006 von der Stadtverordnetenversammlung gefasst. Er hat aber erst im November/Dezember 2006 das Amt des Bürgermeisters übernommen.

Anschließend nimmt Herr Boginski die Beantwortung der Anfrage wie folgt vor:

##### zu Frage 1:

Kann derzeit nicht beantwortet werden, da noch keine Planung vorliegt. Grundsätzlich bemüht sich die Stadt um Fördermöglichkeiten.

##### zu Frage 2.1:

Nein.

##### zu Frage 2.2:

Entfällt.

##### zu Frage 2.3:

Der Sachverhalt befindet sich in der Prüfung.

##### zu Frage 3:

Kann derzeit nicht beantwortet werden, siehe Frage 1.

##### Zu Frage 4:

Siehe Beantwortung Anfrage 2.3. befindet sich in der Prüfung, Verwaltung stellt derzeit Überlegungen an. Der politische Raum wird zu gegebener Zeit informiert.

Herr Boginski weist darauf hin, dass kein Bürgermeister alleine eine Entscheidung treffen kann, sondern immer politische Gremien vorangestellt sind.

Herr Zinn weist darauf hin, dass die Anfrage im morgigen Ausschuss für Wirtschaft u. Finanzen ganz offiziell gestellt wird und es eine Anfrage von einem sachkundigen Einwohner ist, nicht von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis. Er betont, dass die sachk. Einwohner lt. Geschäftsordnung sachkundige Einwohner der Ausschüsse sind und nicht der Fraktion.

Frau Kersten informiert, dass im November und Dezember sehr umfangreich über Baumaßnahmen in der Waldsportanlage geredet wurde. Es wurde gesagt, dass es noch kein Nutzungskon-

zept aber eine ganze Reihe von Gedanken zur Entwicklung der Waldsportanlage gibt. Sie hat dazu folgende Anfragen: Gibt es inzwischen ein Nutzungskonzept bzw. wie weit ist der Erarbeitungsstand des Nutzungskonzeptes? Wann kann damit gerechnet werden? Wie ist der Stand der Bauplanung in diesem Bereich?

Herr Landmann äußert, dass dieses genau Gegenstand des Arbeitsplanes ist und im März im ASBKS behandelt wird.

Herr Zinn bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Forster-König und bittet darum, die Termine für den JugendDialog außerhalb des Sitzungskalenders zu avisieren. Außerdem sollten die Fraktionen rechtzeitig über Termine informiert werden, damit sie daran teilnehmen können.

Frau Dr. Pischel informiert, dass es einen offenen Brief von Herrn Gadischke der Barnimer Kampagne „Light me Amadeu“ gibt, der allen Fraktionen zugegangen ist. Bisher habe aber nur die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu Stellung bezogen. Frau Dr. Pischel erinnert daran, dass bereits 2014 über die Erstellung eines Antirassismuskonzeptes diskutiert wurde und auch das Integrationskonzept, welches bereits vorliegt, einer Fortschreibung bedarf. Des Weiteren haben Studenten der Universität Potsdam sehr aussagekräftiges und umfangreiches Material zu dem Thema vorgelegt. Sie regt an, dass dieses Material als Grundlage dienen und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden könnten. Somit wäre die Erarbeitung einer Konzeption nicht unbedingt erforderlich, aber die Fraktionen sollten zu einem gemeinsamen Standpunkt kommen, wie weiter verfahren werden soll.

Herr Boginski zeigt sich bei allem Respekt und der teilweisen Richtigkeit zum Inhalt empört über den Brief von Herrn Gadischke aus Bernau, weil die Stadt Eberswalde bisher hervorragende Arbeit in Bezug auf Integration geleistet hat.

Frau Röder schließt sich der Meinung des Bürgermeisters an und informiert darüber, dass in der letzten Sitzung des Kulturbeirates ausführlich darüber gesprochen wurde. Im Ergebnis der Sitzung wurde festgelegt, dass der Kulturbeirat die Stadtverordneten bei der Erstellung eines Antirassismuskonzeptes begleiten wird. Dazu sind auch bereits Vorschläge für eine Besetzung einer Expertenarbeitsgruppe in der Arbeitsgruppe erarbeitet worden, die in den nächsten vier Wochen in einer Stellungnahme des Kulturbeirates den Stadtverordneten vorgelegt werden. Sie informiert, dass der neue Vorsitzende des Kulturbeirates Herr Christian Schommartz ist.

Herr Schmiedel unterstreicht die Worte des Bürgermeisters und empfindet den Brief so, dass ein ziemlich dunkles Zerrbild unserer Stadt aufgezeichnet wird. Den Ausführungen von Frau Dr. Pischel stimmt er zu, dass das Integrationskonzept einer Überarbeitung bedarf und dort ein Antirassismusteil eingearbeitet werden sollte.

Frau Dr. Pischel merkt an, dass die Thematik sehr brisant ist. Sie informiert, dass im Jahre 2014 vom Einreicher Bündnis 90/Die Grünen in Vorbereitung auf die 1. Antirassismuskonferenz die Forderung zur Erstellung eines Antirassismuskonzeptes zurückgezogen wurde. Die Konferenz

hat die Grundlagen für neue Ansätze gelegt. Zuvor wurde der Kulturbeirat beauftragt, dieses Konzept zu erarbeiten, was eigentlich Aufgabe der Stadtverordneten gewesen wäre. Da diese Forderung nach einem Konzept zurückgezogen worden ist und der zweite Einreicher der Fraktion „Die Fraktionslosen“ gar nicht mehr existiert, muss entschieden werden, was für ein Konzept erforderlich und gewünscht ist. Frau Dr. Pischel erläutert ausführlich, dass die Verantwortung nicht, wie in dem Brief geäußert, bei Herrn Jahns gelegen hat, sondern bei den Stadtverordneten.

Herr Landmann meint, dass das Problem an Hand des Arbeitsplanes diskutiert werden muss.

Frau Bunge gibt Frau Dr. Pischel Recht, dass das Integrationskonzept überarbeitet werden muss und weist auf den Arbeitsplan hin, der im 4. Quartal die Beschlussvorlage dazu enthält. Sie schließt sich auch dem Vorschlag von Herrn Schmiedel an, einen Antirassismusteil im Integrationskonzept einzuarbeiten.

Herr Zinn macht deutlich, dass seine Fraktion (zur damaligen Zeit in der Vorgängerfraktion) nicht dieser Vorlage zugestimmt hat. Weist aber darauf hin, dass die Stadtverordneten nur die Kontrollfunktion haben.

Frau Röder betont, dass erst die Stellungnahme des Kulturbeirates abgewartet werden sollte, da dies auch Bestandteil des Arbeitsplanes ist.

Herr Landmann fasst zusammen, dass dies sowohl für die Politiker als auch für die Verwaltung der beste Weg wäre und das Thema im 4. Quartal auf die Tagesordnung des Arbeitsplanes gesetzt werden sollte.

Herr Prof. Creutziger fragt, ob es einen neuen Stand zum Betrieb des Cafés im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio gibt.

Herr Boginski erklärt, dass die Verwaltung daran arbeitet, aber erst im nächsten Ausschuss über den aktuellen Stand informieren wird.

## **TOP 9**

### **Wahl des Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden**

Herr Landmann erläutert kurz das Wahlprocedere und bittet anschließend um die Wahlvorschläge für den stellvertretenden Vorsitzenden des ASBKS.

Frau Dr. Hoffmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion Herrn Ortel (CDU-Fraktion) vorschlägt, weil er vielseitig sozial und kulturell engagiert und auch bewährt in der Führung eines Ausschusses ist.

Herr Zinn schlägt im Namen seiner Fraktion (Alternatives Wählerbündnis Ebw.) Herrn Prof. Creutziger vor, weil er Erfahrungen mit beiden Ausschüssen hat und seine Fachkompetenz

schätzt. Außerdem leitete er bereits den Kreistag.

Herr Landmann fragt Herrn Prof. Creutziger, ob er als Kandidat zur Verfügung steht.

Herr Prof. Creutziger teilt mit, dass er sich nicht zur Wahl stellen wird.

Herr Landmann fragt Herrn Ortel, ob er bereit wäre, die Aufgabe des stellvertretenden Vorsitzenden des ASBKS zu übernehmen.

Herr Ortel erklärt, dass er sich gern zur Wahl stellen wird.

Herr Landmann fragt die Stadtverordneten, ob sie mit einer offenen Wahlabstimmung einverstanden sind.

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig zugestimmt -**

Herr Landmann bittet um die Abstimmung des Vorschlages, Herrn Ortel als stellvertretenden Vorsitzenden des ASBKS zu wählen.

**Abstimmungsergebnis: - mehrheitlich zugestimmt -**

Herr Ortel nimmt die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des ASBKS an.

Herr Landmann gratuliert Herrn Ortel zur Wahl als stellvertretenden Vorsitzenden des ASBKS.

Herr Ortel bedankt sich für das Vertrauen und versichert, stets bemüht zu sein, parteiübergreifend thematisch zu arbeiten. Dieser Ausschuss hat immer Themen, die menschlich miteinander verbinden und so sollte er auch gestaltet werden. Herr Ortel bemängelt aber, dass sich in der Bezeichnung des neuen Ausschusses das Thema Jugend nicht wiederfindet, was jedoch Schwerpunkt seiner Arbeit ist. Betont, dass mit der Jugend alle anderen Themen, die sich im Namen widerspiegeln, umsetzen und bewegen lassen.

## **TOP 10**

### **Diskussion zum Entwurf des Arbeitsplanes 2017**

Herr Landmann fragt, ob der Entwurf des Arbeitsplanes allen Ausschussmitgliedern vorliegt und bittet um Diskussion.

Frau Kersten bemängelt, dass sie den Entwurf des Arbeitsplanes nicht digital erhalten hat. Sie hat soeben im Ausschuss von Frau Berg die Unterlagen erhalten.

Herr Zinn schlägt vor, den Ausschuss thematisch zu organisieren und zu strukturieren und würde die Themen wie folgt gliedern:

- Jugend, Bildung, Integration

- Kultur und Sport
- Soziales, Senioren, Behinderten, Gleichstellung

Herr Zinn findet, dass der Arbeitsplan viele interessante Aspekte enthält, vermisst aber Themen wie „Programm soziale Stadt“ sowie die Frage, ob der Eberswalde-Pass für weitere soziale Einrichtungen genutzt werden kann, die Stadtteilentwicklung im Brandenburgischen Viertel sowie Informationen zum Familienzentrum. Er würde es begrüßen, wenn die Eltern-Kind-Zentren sich im Ausschuss vorstellen könnten und das in den Tagesordnungen unter den Punkten „Informationen aus der Stadtverwaltung“ oder „Informationen des Vorsitzenden“ über die Themen mehr informiert wird. Power-Point-Präsentationen (PPP) findet er sehr informativ, da auch die Bevölkerung auf digitalem Weg besser informiert wird.

Herr Landmann stimmt Herrn Zinn zu, dass der Arbeitsplan auf Grund des umfangreichen Aufgabenfeldes thematisch organisiert werden muss und es eine recht schwierige Aufgabe ist. Er bittet die Stadtverordneten mit zu entscheiden, welche Themen polarisiert werden sollen.

Herr Boginski appelliert an Herrn Zinn, dass dieser Ausschuss nicht mit dem Bauausschuss vergleichbar ist, weil dort auf Grund der Thematik Präsentationen dringend erforderlich sind. Meint aber, dass auch im ASBKS mehr Präsentationen vorgeführt werden könnten, wenn es von den Fraktionen gewünscht wird, aber die Abstimmungen und die Erarbeitung von Präsentationen einfach zu viel Zeit erfordern.

Herr Landmann spricht sich ebenfalls dafür aus, dass dieser Ausschuss nicht mit PPP überlastet werden sollte. Er merkt an, dass kleinere Nachfragen aus den Fraktionen möglichst auf bilateralem Weg geklärt werden sollten, um den Ausschuss nicht unnötig zu belasten.

Herr Zinn sagt, dass es ihm in erster Linie darum geht, die Themen zu strukturieren und nicht unbedingt ins Detail zu gehen. Er schlägt vor, das Thema Waldsportanlage im März vielleicht sogar vor Ort zu besprechen und gleich in einem Komplex das Stadtteilstadion Finow und den Wasserturm abzuarbeiten.

Herr Landmann betont noch einmal, dass es auch seine Vorstellungen waren, aber die thematisierte Abhandlung nicht immer möglich sein wird. Die Durchführung einer Sitzung direkt vor Ort zu bestimmten Themen, wie der Waldsportanlage, wird nur schwer durchführbar sein, da die Ausschussmitglieder, welche digital arbeiten, der Sitzung dann kaum folgen können.

Frau Dr. Pischel erinnert daran, dass die Stadtverordneten dafür gestimmt haben, diese Ausschüsse zusammenzuführen und findet diese Diskussion darüber, dass der neue Ausschuss zu überladen wird, jetzt völlig unangebracht. Sie wünscht sich, dass man bei bestimmten Themen auch mal ins Detail gehen sollte oder zu hinterfragen – dies wird aber auf der Strecke bleiben.

Herr Landmann appelliert noch einmal an alle, Fragen, die bereits im Vorfeld geklärt werden können, bereits vorher an die Verwaltung zu richten. Die Themenvorschläge von den Fraktionen

wurden im Arbeitsplan weitestgehend berücksichtigt.

Herr Prof. Creutziger betont, dass nicht alle der Zusammenlegung der beiden Ausschüsse zugestimmt haben. Er versteht nicht, warum hinter dem Vorschlag aus seiner Fraktion „Langfristige Konzepte für Kunst im öffentlichen Raum“ steht – „entfällt“. Im Haushalt ist zwar kein Geld dafür eingestellt, aber der Aspekt „langfristig“ entscheidend ist. Weiterhin merkt er an, dass es oft Beziehungen gibt zwischen Bau- und Kulturangelegenheiten, wie bspw. die Georgskapelle, welche ursprünglich der Kultur gewidmet war. Zum Thema: „Beziehungen zu Partnergemeinden“ ist ihm schon klar ist, dass dieses Thema in den Hauptausschuss gelegt wurde, er findet aber, dass auch kulturelle Aspekte vorhanden sind und nicht alles was den Bauausschuss betrifft, auch prinzipiell die Kultur betrifft.

Herr Landmann informiert, dass er sich gemeinsam mit der Verwaltung darüber abgestimmt hat, um alle Themen aufzunehmen. Das Thema: „Kunst im öffentlichen Raum“ steht derzeit nicht zur Debatte.

Herr Boginski sagt, dass Fragen zur Georgskapelle sowohl an Frau Fellner als auch an ihn gestellt und auch relativ schnell beantwortet werden können. Im nächsten ASBKS wird Frau Fellner zum Thema Waldsportanlage anwesend sein, wo solche Fragen gern gestellt werden können.

Frau Kersten gibt Herrn Prof. Creutziger Recht, sich diesem Thema zu widmen. Sie kann die Themen Kita-Bedarfsplan sowie Nutzungskonzept Waldsportanlage nicht im Arbeitsplan finden. Sie regt an, dass die künftigen Nutzer dieser Waldsportanlage im Ausschuss dazu Stellung nehmen sollten und ihre Vorstellungen aufzeigen. Das Thema: „Finanzierung FinE“ sollte ausführlicher behandelt werden.

Frau Schostan betont, dass auch ihre Fraktion sich gegen die Zusammenlegung der Ausschüsse bekannt hat. Sie wünscht sich Informationen in Form von Präsentationen, damit keine Informationen verloren gehen. Außerdem kann sie nicht verstehen, warum die Kulturkonzeption auf 2018 verschoben worden ist und regt an, dass das Thema: „FinE“ zeitiger diskutiert werden muss. Dem Vorschlag von Herrn Zinn stimmt sie zu, bestimmte Themen (Waldsportanlage) vor Ort zu besprechen, um sich ein besseres Bild machen zu können.

Herr Boginski hat grundsätzlich nichts dagegen, vor einer Sitzung an den Ort des Geschehens zu gehen und anschließend die Sitzung normal weiterzuführen, wenn es die Räumlichkeiten zulassen. Zum Thema: „FinE“ werden im nächsten Ausschuss Frau Fellner und Herr Dr. Neubacher sprechen. Mit der Erarbeitung der Kulturkonzeption war der ehemalige Kulturdezernent beauftragt, der nicht mehr da ist. Sein Verantwortungsbereich wurde auf die beiden Dezernentinnen und den Bürgermeister verteilt. Auf Grund der Fülle der Aufgaben, die nun zusätzlich erfüllt werden müssen, hat man sich verständigt, die Kulturkonzeption und ähnliche Sachen weiter nach hinten zu schieben. Deshalb sollten bestimmte Fragen bereits im Vorfeld auf bilateralem Weg geklärt werden.

Herr Landmann stimmt dem Hinweis von Frau Schostan zu, Präsentationen zukünftig immer rechtzeitig vor dem Ausschuss zu versenden, damit die Möglichkeit besteht, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Herr Ortel meint, dass der Ausschuss jetzt eine andere Qualität hat als bisher. Dadurch werden bestimmte Themen anders behandelt, wie z. B. das Konzept Kunst im öffentlichen Raum – dies sollte zwischen Künstlern und dem Kulturbeirat besprochen werden. Herr Ortel spricht Herrn Prof. Creutziger an, dass zum Thema: „Georgskapelle“ eine schriftliche Anfrage formuliert werden könnte.

Herr Boginski sagt, dass Denkmalschutz ganz klar geregelt ist und die Denkmalschutzbehörde des Landkreises dafür zuständig ist.

Herr Landmann sichert zu, dass alle angesprochenen Themen im Protokoll aufgenommen wurden und auch im Blick behalten werden, um sie später zu behandeln - auch 2018. Ob die nächste Sitzung in der Waldsportanlage stattfindet, wird noch geklärt. Herr Landmann weist darauf hin, rechtzeitig zu signalisieren, wenn noch bestimmte Themen besprochen werden sollen. Der Arbeitsplan wird außerdem ständig aktualisiert.

## **TOP 11**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 11.1**

**Vorlage:** BV/0425/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

01.4 – Jugendkoordinatorin

#### **Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme "Außenanlage STINO"**

Frau Forster-König führt kurz in die Vorlage ein und informiert über den Stand der Diskussion aus der gestrigen Sitzung des ABPU, in der kein Abstimmungsergebnis erzielt wurde. Die Kämmererei hat in Bezug auf die angefragten HH-Stellen einen Verfahrensplan (**Anlage 6**) erstellt, den sie jetzt verteilen würde. Der Verfahrensplan ist bis zum Punkt 2. im Jahr 2016 abgearbeitet. Abschließend bittet sie um ein positives Votum für die Vorlage, welches auch ein Signal an die Jugendlichen wäre.

Frau Forster-König betont, dass es sich nicht um einen Baubeschluss handelt, sondern es um die Sicherung der Mittel geht, wenn nachfolgend ein Baubeschluss herbeigeführt wird, damit die Maßnahme umgesetzt werden kann. Der Jugendclub STINO hat eine große Bedeutung in der Stadt und wird stark frequentiert. Deshalb ist es im Hinblick auf die Freiluftsaison besonders wichtig, den Außenbereich neu zu gestalten.

Frau Kersten ist verwundert, weil die dafür erforderlichen Mittel nicht ordnungsgemäß in der Planung stehen und dafür ein Haushaltsnachtrag erforderlich ist.

Herr Landmann denkt nicht, dass der Finanzausschuss über die Höhe der Mittel befinden sollte, sondern unser Ausschuss zunächst entscheiden muss, was ist uns dieser Jugendclub wert.



Herr Neumann äußert seine Bedenken bezüglich der Sicherheit der Außenanlage und den angrenzenden Straßenverkehr, da eine Außenanlage für Jugendliche auch Ballspielmöglichkeiten enthält.

Herr Boginski sagt, dass heute kein Baubeschluss gefasst wird und die genauen Details zur Gestaltung der Außenanlage noch im Bauausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Frau Schostan stimmt den bisherigen Ausführungen zu, findet aber die Summe, die für die Außenanlage vorgesehen ist, zu hoch.

Frau Forster-König erläutert, wie sich die Summe zusammensetzt und dass darin u. a. auch die Umgestaltung von Parkraum sowie die Entsorgung von kontaminiertem Material enthalten sind.

Herr Boginski bestätigt, dass das Geld für die Außenanlage STINO nicht im Haushaltsplan eingestellt worden ist und jetzt zusätzlich aufgenommen werden muss.

Herr Landmann zeigt sich verwundert, dass im Jahr 2015 Rückstellungen im Ergebnishaushalt und zeitgleich im Finanzhaushalt Übertragungsermächtigungen gebildet wurden, die sich über das Jahr 2016 hinwegziehen. Aus diesem Grund wurde im Bauausschuss festgelegt, dass die Vorlage in den nächsten Monat verschoben wird, damit sie in den Ausschüssen noch einmal diskutiert werden kann.

Herr Schmiedel bestätigt, dass die Außenanlage sehr wichtig ist für den Jugendclub und findet es richtig, dass darüber noch einmal diskutiert wird.

Frau Kersten hält die Außenanlage auch für sehr wichtig, ist aber der Meinung, dass Ballspiele dort nicht möglich sein werden. Sie schlägt vor, eine gewisse Summe zu veranschlagen und den Rest mit einem Sperrvermerk zu versehen, um später zu entscheiden, ob die ganze Summe dafür benötigt wird.

Herr Landmann nimmt diese Anregung auf.

Herr Prof. Creutziger fragt nach, ob die Planung noch nicht abgeschlossen ist und meint, erst das Geld bereitzustellen, was für die Planung benötigt wird und später für die Bauausführung den Rest einzuplanen.

Herr Boginski kann sich nicht vorstellen, dass es eine Verzögerung gibt, wenn die Mittel bereitgestellt werden, um die Planung voranzutreiben und der Rest gesperrt wird.

Herr Zinn stellt den Geschäftsordnungsantrag, sofern alle Fraktionen ihr Rederecht erhalten haben, die Debatte zu beenden und in die Abstimmung zu gehen.

Herr Landmann stellt fest, dass von den nicht gehörten Fraktionen kein Redebedarf besteht. Er

bittet um die Abstimmung zum Antrag von Herrn Zinn.

**Abstimmungsergebnis zum Antrag: - mehrstimmig zugestimmt -**

Frau Kersten stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Die finanziellen Mittel in Höhe von 93.500 € sind für dieses Projekt einzustellen. Die reinen Baumaßnahmen inklusive der unvorhersehbaren Ausgaben und Umbau der Parkplätze werden so lange mit einem Sperrvermerk versehen, bis ein Planungskonzept vorliegt, dem die Ausschussmitglieder entsprechend auch zugestimmt haben. Die Planung ist freizugeben.

Herr Landmann stellt den Ergänzungsantrag von Frau Kersten zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis zum Ergänzungsantrag: - einstimmig zugestimmt -**

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Um im Jahr 2017 Baumaßnahmen zur Gestaltung der Aufwertung der Außenanlagen am Jugendclub STINO durchführen zu können, ermächtigt der Hauptausschuss den Bürgermeister, die vorhandenen kommunalen Eigenmittel des Finanzhaushaltes der laufenden Verwaltung 2016 in Höhe von 93.500 EUR dem Investitionshaushalt 2016 außerplanmäßig zuzuführen.

Die finanziellen Mittel in Höhe von 93.500 € sind für dieses Projekt einzustellen. Die reinen Baumaßnahmen inklusive der unvorhersehbaren Ausgaben und Umbau der Parkplätze werden so lange mit einem Sperrvermerk versehen, bis ein Planungskonzept vorliegt, dem die Ausschussmitglieder entsprechend auch zugestimmt haben. Die Planung ist freizugeben.

**TOP 11.2**

**Vorlage:** BV/0413/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

01.3 – Referentin für soziale Angelegenheiten

**Förderung des Projektes "Integration durch Sport"**

Frau Bunge führt kurz in die Vorlage ein. Sollten heute noch inhaltliche Informationen notwendig sein, könnten diese durch das anwesende Vorstandsmitglied des SV Motor Eberswalde e. V., Herrn Mätzkow, gegeben werden.

Herr Zinn möchte wissen, aus welchen Bereichen die Honorarkräfte kommen.

Frau Bunge erklärt, dass die Honorarkräfte aus den Gruppen der Jugendlichen kommen, die die Halle bereits nutzen. Es wird auf jeden Fall eine Honorarkraft aus der Gruppe der Geflüchteten sein, um die Sprachverständigung zu ermöglichen.

**Abstimmungsergebnis zur Vorlage: - einstimmiges Einverständnis erklärt -**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde stellt Einvernehmen her über den Zuschuss von 3.652 EUR für das Jahr 2017 an den Verein SV Motor Eberswalde e. V. für das Projekt „Integration durch Sport“.

**TOP 11.3**

**Vorlage:** BV/0424/2017

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

41 - Kulturamt

**Budget für Projekt Equinox bei FinE**

Herr Dr. Neubacher führt kurz in die Vorlage ein.

**Abstimmungsergebnis zur Vorlage: - einstimmiges Einvernehmen erklärt -**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde stellt Einvernehmen über die Einbeziehung des Projektes Equinox in das Stadtfest FinE her. Das Projekt geht mit dem Eigenanteil der Stadt Eberswalde in Höhe von 3.000 € in das Budget des FinE ein.

Herr Landmann beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr.

gez. Landmann  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Soziales, Bildung, Kultur und Sport

gez. Berg  
Schriftführerin

